

BUND LV NRW e.V. c/o P.Kröfges Landesvorsitzender
Helzener Str. 39 51570 Windeck
Tel. 02292 6816 42 Fax:..43/ mobil: 0173 2794489
paul.kroefges@bund.net www.bund-nrw.de



**Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland LV NW e.V.**

Absender dieses Schreibens:
Paul Kröfges
Landesvorsitzender
Helzener Str. 39
51570 Windeck,

den 19. April 2010

An die
Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Köln
Luxemburger Straße 101

50939 Köln

Strafanzeige gegen die Mitglieder des Vorstandes der Häfen und Güterverkehr Köln AG, Harry-Blum-Platz 2, 50678 Köln, Herrn Dr. Rolf Bender (Vorstandssprecher) sowie Herrn Horst Leonhardt im Zusammenhang mit der Angabe von unrichtigen oder unvollständigen Angaben gegenüber der Wasser- und Schifffahrtsdirektion West – Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes – Cheruskerring 11, 48147 Münster, für die Bewilligung von Subventionen für den Hafenausbau Köln - Godorf, um einen Vorteil für ihr Unternehmen zu erlangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund des nachfolgenden Sachverhalts besteht meines Erachtens der Verdacht einer Straftat bzw. mehrerer Straftaten im Zusammenhang mit der Beantragung von Subventionen gemäß § 264 Strafgesetzbuch.

Jahrelang wurde im Rat der Stadt Köln, der für das mehrheitlich im Eigentum von städtischen Gesellschaften bzw. unmittelbar der Stadt Köln stehende Unternehmen „Häfen und Güterverkehr Köln AG“ (HGK AG) für größere Investitionen zuständig ist und diese genehmigen muss, über einen möglichen Ausbau des Köln-Godorfer Hafens debattiert.

Dabei machte insbesondere die CDU-Fraktion des Rates der Stadt Köln ihre Zustimmung davon abhängig, dass eine Wirtschaftlichkeit des Vorhabens gegeben ist und hierüber ein Nachweis zu führen sei. Dem Rat der Stadt Köln wurde im Zeitverlauf ein umfangreiches Gutachten des Kölner Universitätsprofessors Baum et al über die vorgesehene Investition mit ca. 62 Millionen Euro Gesamtkosten vorgelegt. (Vergleiche Anlage I). Das Ergebnis dieses Gutachtens bescheinigt dem Vorhaben „Ausbau Köln-Godorfer Hafen“ eine sehr beachtliche nachhaltige Wirtschaftlichkeit mit einer laufenden Jahresrendite von 13,7 %, bezogen auf das gesamte Investitions- und Finanzierungsvolumen über viele Jahre, so dass bereits nach rd. 8 Jahren die gesamte Investition mit den erzielbaren Einnahmen amortisiert werden kann und sich danach, weil ein Großteil der Hafeninvestitionen eine wirtschaftliche Nutzungsdauer von 100 Jahren hat, sich eine gewaltige „ewige Rendite“ ergibt.

Aufgrund dieses eindeutigen Wirtschaftlichkeitsnachweises hat die CDU-Fraktion entschieden, jetzt nach Jahren der Diskussion, dem Ausbauprojekt Köln-Godorfer Hafen im Rat der Stadt Köln zuzustimmen. Damit war erstmals im Rat der Stadt Köln eine Mehrheit für die Genehmigung der Hafenausbauinvestition gegeben. Somit konnte der Rat der Stadt Köln dann auch in öffentlicher Sitzung seine Genehmigung der Beteiligungsgesellschaft HGK AG für die Durchführung der Hafenausbauinvestition Köln-Godorf beschließen und erteilen. Damit hatte der Vorstand der HGK AG Köln die offizielle aktienrechtliche Zustimmung für die Durchführung der vorgenannten Investition.

Anerkannter Naturschutzverein
nach § 60 Bundesnaturschutzgesetz

Deutsche Sektion von Friends
of the Earth International

Landesgeschäftsstelle
Merowinger Str. 88
40225 Düsseldorf
Telefon (0 211) 30 200 5 - 0
Telefax (0 21 1) 30 200 5 - 26
e-mail: bund.nrw@bund.net
<http://www.bund-nrw.de>

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft, Köln
BLZ 370 205 00
Geschäftskonto: 8 204 600
Spendenkonto: 8 204 700

Unbeschadet der Einsprüche von Anliegern gegen das Vorhaben und dem aus formalen Gründen gescheiterten Versuchs eines Bürgerbegehrens gegen den Hafenausbau begann die HGK AG mit der Vorbereitung der Bauarbeiten auf den entsprechenden Grundstücken. Durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln wurde jedoch das Planfeststellungsverfahren für rechtlich ungültig erklärt, so dass ein Baustopp verhängt wurde. Gegen das Urteil hat die HGK AG Einspruch erhoben.

Durch eine Nachfrage beim Bundesverkehrsministerium, Berlin, musste in Erfahrung gebracht werden, dass der Vorstand der Häfen und Güterverkehr Köln AG, Köln, (HGK AG), bei der für mögliche Subventionen des Bundes zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektion West, Cheruskerring 11, 48147 Münster, Subventionsanträge zur Erlangung von ca. 30 Millionen Euro Fördermittel für die Hafenausbauinvestition Köln-Godorf beantragt habe.

Der rechtliche Rahmen für eine mögliche Förderung aus Bundesmitteln ist in der „Richtlinie (Verwaltungsvorschrift) zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs vom 1. April 2009 – A32/3141.4/1“ geregelt (Vergleiche Anlage II).

Diese Richtlinie ist jedoch eindeutig gemäß Ziff 3 – Zuwendungsvoraussetzung - : „Voraussetzung der Förderung ist, dass eine Finanzierung allein durch privates Kapital nicht zur Wirtschaftlichkeit der Anlage führen würde, der Wettbewerb durch die Förderung nicht verzerrt wird und das Vorhaben vor Erlass eines Zuwendungsbescheides noch nicht begonnen wurde.“

Bei 13,7 % p.a. Kapitalrendite ist jedoch die Wirtschaftlichkeit mit einer sehr bedeutenden Rendite gegeben und jede private Finanzierung für das Vorhaben gestaltbar und vom Banken- und Kapitalmarkt jeden Tag ausreichend Kapital erhältlich, so dass allein durch privates Kapital eine unglaublich große Wirtschaftlichkeit der Anlage gegeben ist. Ein Erhalt der rechtswidrig beantragten Subvention würde zu einer Rendite von unglaublichen 25 % p.a. führen und den Wettbewerb der Rheinschifffahrt auch unter europarechtlichen Aspekten gesetzeswidrig beeinträchtigen und Schadensersatzansprüche zahlreicher betroffener Unternehmen auslösen.

Der gestellte Subventionsantrag kann sich also nicht auf das Wirtschaftlichkeitsgutachten des Professors Baum et al bezogen haben, weil aufgrund dessen 0 (Null) Anspruch auf öffentliche Zuwendungen besteht. (Vergleiche Ziff 3 der oben genannten Richtlinie). Der Vorstand der HGK AG muss also unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht haben, um seinen Subventionsantrag zu unterlegen. Damit haben die zuständigen Vorstandsmitglieder Dr. Bender und Leonhardt den Tatbestand des Subventionsbetrugs nach § 264, Absatz (1), Ziff. 1. Strafgesetzbuch verwirklicht und sind mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe zu bestrafen.

Wenn die HGK AG geltend gemacht haben sollte, dass das Wirtschaftlichkeitsgutachten des Professors Baum et al offenkundige Fehler enthalte und überhaupt keine Wirtschaftlichkeit gegeben sei, dann hätte der Vorstand den entscheidungszuständigen Gesellschafter Stadt Köln, vertreten durch den Rat der Stadt Köln, informieren müssen, weil dann die Genehmigung der Investition durch den Rat der Stadt Köln automatisch erloschen wäre und überhaupt nicht mit den Bauarbeiten hätte begonnen werden dürfen. Ansonsten läge ein eindeutiger Verstoß gegen § 82 bzw. § 93 Aktiengesetz vor.

Ich erstatte Strafanzeige gegen die genannten Personen wegen Subventionsbetrugs nach § 264 Strafgesetzbuchs, Hilfsweise wird Strafanzeige erstattet wegen eines Verstoßes im Bereich der Geschäftsführungsbefugnis gegen § 82 bzw. § 93 Aktiengesetz und bitte mir das Aktenzeichen des Verfahrens mitzuteilen und mich zu gegebener Zeit über den Stand des Verfahrens zu informieren.

Die Strafanzeige wird des weiteren unter allen denkbaren rechtlichen Aspekten auf die Mitglieder des Aufsichtsrates der HGK erweitert, soweit diese zustimmend an dem Beschluss mitgewirkt haben, der die Beantragung von Subventionen auf der Basis unzutreffender Angaben zum Inhalt hatte.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Kröfges (1. Vorsitzender)